Nr. 24

DAS ROTE TUCH

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ZUKUNFT

15. Oktober 2010 **ArbeiterInnen aller Länder, vereinigen wir uns! (Karl Marx)** **Preis: 0,50 €**

Stuttgart zeigt: Wir dürfen uns nicht unterkriegen lassen...

Die Politik hat versucht, sie zu ignorieren, totzuschweigen und wegzuprügeln: Doch die Proteste zehntausender Menschen gegen den Bahnhofsneubau halten an.

Sie haben unterschiedliche Beweggründe, aber in einem sind sich alle einig: Sie protestieren gegen ein Prestige-Projekt, für das gigantische 5 Milliarden Euro und mehr ausgegeben werden sollen – während gleichzeitig im öffentlichen Nahverkehr, bei Schulen, Gesundheit und Arbeitslosen alles zusammengespart wird. Auch würden allen, die täglich auf S- und Regionalbahnen angewiesen sind, Verschlechterungen und steigende Preise drohen.

Wenn wir nicht gefragt werden…

Natürlich wurde die Bevölkerung nie gefragt, ob sie das Milliardenprojekt will. Sobald es um wichtige Fragen geht, wird die Bevölkerung nicht gefragt. Wir sind in dieser „Demokratie“ dafür da, alle paar Jahre einen da oben zu wählen und dann die Folgen ihrer Entscheidungen auszubaden. Das aber wollen viele Menschen in Stuttgart diesmal nicht mitmachen.

Bereits 2008 hatten 67.000 Einwohner für ein Bürgerbegehren gegen den Bahnhofsbau unterschrieben. Der Stadtrat weigerte sich schlicht, eine solche Abstimmung durchzuführen. So gingen die Proteste weiter, Monat für Monat. Die Politiker versuchten sie zu ignorieren, hofften wohl, irgendwann ginge den Demonstranten die Puste aus. Stattdessen wuchs die Zahl der Demonstranten ständig – bis heute.

Die große Mehrheit ist gegen das Bauvorhaben und will die Bauarbeiten nicht so einfach zulassen. Was hinderte Regierung und Bahn so lange daran, einen Bau- und Vergabestopp zu verfügen und in Ruhe zu klären, wie es weiter geht? Was, wenn nicht die Interessen der großen Bau-, Industrie- und Immobilienkonzerne, für die Milliarden Euro auf dem Spiel stehen?
Milliardenaufträge bringt ihnen alleine der Bau des unterirdischen Bahnhofs... und weitere Milliarden die teuren Flächen in der Stuttgarter Innenstadt, die sie mit Büros und Einkaufszentren bebauen und vermarkten wollen.

Die Interessen solcher Konzerne bestimmen die Entscheidungen der Politik. Und so hat die CDU-Landesregierung letztlich mit Gewalt versucht, die „störenden“ Demonstranten zu beseitigen: Am 30.9. ließ sie die Polizei mit Wasserwerfern, Reizgas, Schlagstöcken gegen tausende Demonstranten vorgehen, gegen alte Leute, Kinder,.... Hunderte mussten in überfüllte Krankenhäuser gebracht werden, teilweise mit gebrochenen Rippen, Nasenbeinbrüchen,... Einer hat für immer sein Gehör verloren.

Diese Brutalität hat Empörung und Solidarität im ganzen Land ausgelöst. Und sie hat noch mehr Menschen dazu bewegt, sich den Protesten anzuschließen: Bereits zwei Mal gingen an die 100.000 Menschen in Stuttgart auf die Straße. Damit ist dieser widerliche Plan der Regierung gescheitert.

…mischen wir uns selber ein!

Zwischen den handfesten Profitinteressen großer Konzerne und dem ebenso handfesten Druck hunderttausender Einwohner winden sich heute die Politiker. Sie werden mit Sicherheit versuchen, die jetzige Schlichtung in die Länge zu ziehen, um die Demonstranten zu ermüden und zu entzweien. Sie werden Zahlen fälschen, verzweifelt mit Tricks und Täuschungen arbeiten, um bis zu einer Volkabstimmung oder den Landtagswahlen im März die Stimmung zu verändern.

Und wenn heute noch keiner weiß, wie die Auseinandersetzung letztlich enden wird: Es ist für alle eine wichtige Erfahrung zu erleben, wie hilflos und klein diese selbstherrlichen Politiker werden können, wenn sich viele „Kleine“ einmischen und sich nicht nur einmal, sondern immer wieder und entschlossen mobilisieren.

Venezuela: die arme Bevölkerung trifft ihre Wahl

Erneut hat die einfache Bevölkerung Venezuelas bei den Parlamentswahlen ihre Sympathie für den Präsidenten Hugo Chavez zum Ausdruck gebracht. 55% der Stimmen erhielt seine Partei.
In den letzten 12 Jahren hat Chavez einen beachtlichen Teil der Einnahmen aus dem staatlichen Ölgeschäft in soziale Maßnahmen gesteckt, in Bildung, Wohnungsbau, Gesundheit und Hilfen für die Armen. Erwachsene lernen lesen, Schulen und Häuser werden gebaut, die Kindersterblichkeit sinkt... Deswegen unterstützt die arme Bevölkerung das Regime von Chavez.



Mobilisierung der Massen verhindert den Putsch

Umgekehrt haben diese Ausgaben für soziale Maßnahmen Chavez bei den Kapitalisten, den großen westlichen Staaten und bei der Rechten in Venezuela sehr unbeliebt zu gemacht. Zwei Mal haben sie daher bereits einen Putsch versucht. Die Unterstützung der armen Bevölkerung für Chavez aber ließ beide Putsche scheitern.

Die weltweite Wirtschaftskrise allerdings macht auch vor Venezuela nicht Halt. Die sinkenden Ölpreise verringern die staatlichen Einnahmen, haben eine 30%ige Inflation und wachsende Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Und sie gefährden die Finanzierung der sozialen Hilfsprogramme.

Denn die Regierung Chavez hat nichts unternommen, um grundlegendere gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen. Alle Schlüsselindustrien und Banken sind weiter in den Händen privater Kapitalisten.

Damit hat Chavez ihnen auch ihre gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht gelassen, was es ihnen unendlich einfacher macht, vielleicht schon morgen alle sozialen Verbesserungen mit einem Schlag wieder zu beseitigen, und Chavez wahrscheinlich gleich mit.

Für eine dauerhafte Verbesserung ihrer Verhältnisse ist es nötig, dass die arbeitende Bevölkerung selber grundlegende Veränderungen in der Gesellschaft durchsetzt – angefangen damit, selber die Kontrolle über die größten Industriekonzerne und die Banken zu übernehmen.

Stuttgart 21 und die Grünen

In den Wahlumfragen brechen die Grünen derzeit alle Rekorde. Teilweise landen sie noch vor der SPD. Sie profitieren von der Unzufriedenheit mit der CDU-FDP-Regierung und vor allem als einzige Partei von den derzeitigen Protesten.

Die Grünen waren von Anfang an Teil der Protestbewegung gegen den Bahnhofsbau. Doch das heißt noch lange nicht, dass sie an der Regierung das Geld stattdessen im Interesse der einfachen Bevölkerung verwenden würden.
Es ist noch gar nicht so lange her, da haben die Grünen 7 Jahre als Teil der Schröder-Regierung für die Gesetze zur Lockerung von Leiharbeit und Kündigungsschutz, für HartzIV, Gesundheitsreform und den Afghanistan-Einsatz gestimmt – alles, ohne die Bevölkerung zu fragen.

Heute, wo sich die Krise weiter verschärft hat, lassen Konzerne und Banken ihnen noch weniger Spielraum. Denn die entscheiden letztlich über die Politik. Und dem Druck der Bosse haben die Grünen, wie auch die SPD, noch nie Stand gehalten. Man sieht es in den Ländern und Städten, in denen sie heute allen dramatischen Sparprogrammen zustimmen. In Essen haben die Grünen erst jüngst gemeinsam mit der CDU Stellenabbau und Sparpläne der Stadt noch einmal verschärft.

Also nein, es sind sicher nicht die Grünen, die der einfachen Bevölkerung eine Perspektive zu bieten haben. Die hartnäckigen und entschlossenen Proteste der zehntausenden Menschen in Stuttgart dagegen sehr wohl!

Ungarn: Eine Naturkatastrophe… mit Namen Profit

9 Tote, 150 Verletzte, 7 Orte verwüstet, tausende Hektar Land auf Jahre unfruchtbar, schwermetallbelasteter, krebserregender Staub in der Luft und Schlamm in den Flüssen – das ist die verheerende, vorläufige Bilanz der Katastrophe vom 4. Oktober, als nach einem Dammbruch fast 700.000 m³ Rotschlamm aus einem Becken der Aluminiumfabrik MAL ätzend die Gegend überschwemmten.

Die vorherige Warnung eines Ingenieurs, dass das Schlammbecken brüchig ist, wurde von der Unternehmensleitung einfach nicht beachtet. Auch hätte die ätzende Lauge nach heutiger Technik nicht in diesen Becken lagern müssen.

Bei der Privatisierung der Staatsbetriebe wurde 1995 das Aluwerk MAL den neuen Besitzern quasi geschenkt. Dafür versprachen sie, in die Sicherheit und Modernisierung des Werks zu investieren. Doch das ist nie geschehen. Die Sicherheit von Arbeitern und Anwohnern wurde dem Profit geopfert.

Und heute besitzt das Unternehmen noch die Frechheit, seinen Opfern lächerliche 360 Euro Entschädigung anzubieten. Dabei besitzen allein die beiden Hauptaktionäre, die zu den 30 Reichsten Ungarns gehören, 140 Millionen Euro Privatvermögen.
Ja, die Gewinne sind seit dem Ende des Ostblocks privatisiert worden. Die Folgen aber tragen die Arbeiter und die gesamte Bevölkerung.

Wirtschaftskrise: Ablenkung und Sündenböcke

Die uralte und gefährliche Masche der Herrschenden

Kein Tag vergeht, ohne dass ein weiterer Politiker seine Kübel voller Verachtung über „die Ausländer“ ausgießt, die sich gefälligst „integrieren“ sollten. Von welchen Ausländern und von welcher Integration reden sie?

Es ist die Gesellschaft, die viele Migranten an den Rand drängt: Die vielen von ihnen Arbeits- oder Ausbildungsplatz verweigert, nur aufgrund ihres Namens. Die ihnen schlechtere Löhne zahlt, unsicherere Verträge gibt. Die sie die dreckigsten, gefährlichsten Jobs machen lässt. Die als Ausweg oft nur die Eröffnung eines kleinen Ladens, Imbiss oder Internetcafés lässt, der sie in die Verschuldung treibt. Das ist die „Integration“, die man ihnen bietet.

Gleichzeitig haben dieselben Politiker, die über mangelnde Integration schimpfen, die Gelder für die „Integrationskurse“ gekürzt, weshalb Zehntausende, die deutsch lernen wollen, viele Monate auf einen Platz warten müssen.

Während die Krise zuschlägt

Nein, diese verlogenen Politiker sorgen sich kein Stück um das Zusammenleben in den Stadtteilen oder Betrieben. Ihnen ist es gleichgültig, was ihre hetzerischen Reden hier anrichten, wie viel neuen Hass mit unberechenbaren Folgen sie schüren. Für sie ist das alles nur ein Ablenkungsmanöver, und zwar nicht nur in Deutschland.

Überall in Europa schlägt die Krise mit voller Wucht zu. Und damit die Profite erhalten bleiben, attackieren sie überall die Arbeitenden, verschlechtern Arbeitsbedingungen und Löhne, sparen im öffentlichen Leben, bei Gesundheit und Rente. Und suchen dafür Sündenböcke und Blitzableiter.



1973: Oft begonnen von ehemaligen Gastarbeitern, vereinen die spontanen Streiks in Deutschland die Arbeiter unterschiedlicher Herkunft im Kampf für höhere Löhne.

Sie kramen dabei die gleichen Vorurteile und Klischees aus, mit der die herrschende Klasse schon vor 140 Jahren versucht hat, die Arbeiter gegeneinander auszuspielen.
Damals kamen viele Polen ins Ruhrgebiet, um zu arbeiten. Hier angekommen, versuchten sie sich ein Stück Heimat in der Fremde zu erhalten. Sie lebten zusammen in ganzen Stadtvierteln mit polnischen Läden, Kneipen und Kirchen, in denen nur polnisch gesprochen wurde. Sie gründeten ihre eigenen Vereine und sogar Gewerkschaften. Und die Politiker hetzten genauso gegen sie. Ihre Kultur sei grundverschieden und sie seien gefährlich, brutal und gewalttätig.

Heute dagegen weiß keiner mehr, was „deutsch“ und was „polnisch“ ist, zwischen dem „Mottek“ von Opa Krause und dem Gartenzwerg von Opa Koslowski. Fast alle „Deutschen“ im Ruhrgebiet haben heute polnische Vorfahren und wissen es oft nicht einmal mehr.

Eine gemeinsame Antwort der Arbeitenden

Wenn die Ruhrpolen irgendwann hier im Ruhrgebiet eine neue Heimat fanden und ihre Zukunft sahen, dann nur deshalb, weil sie sich hier ein Leben aufbauen konnten, weil sie Arbeit fanden. Denn das ist „Integration“, und nichts anderes.
Doch heute bietet der Kapitalismus einem Millionenheer von Arbeitslosen nicht die geringsten Zukunftsaussichten mehr und stößt so Millionen von Menschen aus dem gesellschaftlichen Leben aus. Und es ist ein Hohn, dass seine Verfechter gleichzeitig von ihnen mehr „Integration“ fordern.

Die einzige wirkliche Antwort darauf kann die Arbeiterklasse nur selber geben, so wie sie sie auch damals gab: Indem sie sich über die Unterschiede von Herkunft und Sprache hinweg zusammenschloss und dann in beeindruckenden Streiks, wie sie das Ruhrgebiet schon oft erlebt hat, die Herrschenden und ihre Politiker das Fürchten lehrte.

Eine Sprache, die sie alle verstehen

Frankreich, Spanien, Irland, Griechenland: In mehreren Ländern haben Arbeitende in den letzten Wochen mit Streiks und Demonstrationen auf die Pläne ihrer Regierungen geantwortet, die die „leeren Kassen“, die Schulden der Krise auf die arbeitende Bevölkerung abwälzen wollen.

Die Regierungen erklärten ihnen, dass die ganzen Reformen doch nur zum Wohl der einfachen Bevölkerung wären. Sie würden das nur nicht verstehen! Doch diese Arroganz der Politiker hat eher noch mehr Menschen dazu gebracht zu zeigen, dass sie sehr genau wissen, was „ihrem Wohl“ dient… und sie haben sich den Streiks und Protesten angeschlossen. Denn das ist einzige Sprache, die die Herrschenden verstehen… egal in welchem Land.

Envio: Ausgepresst, vergiftet, rausgeschmissen

Für die 30 Festangestellten und fast 100 Leiharbeiter des PCB-Entsorgungsbetriebs Envio in Dortmund hat ein Leben in Angst begonnen. Seit einigen Monaten wissen sie, dass sie auf der Arbeit teilweise jahrelang mit giftigen und krebserregenden Chemikalien verseucht wurden. In ihrem Blut fand man teilweise die 25.000fache Menge des zugelassenen Grenzwertes an PCB, sowie Dioxine und Furane.
Lungen von Beschäftigten sind kaputt von den giftigen Feinstäuben, viele haben ständig Kopfschmerzen, einige Haarausfall und Chlorakne. Hinzu kommt die ständige Angst vor Krebs und anderen Folgeschäden, für sich – und teilweise für ihre Familien. Denn über die Kleidung ist das PCB sogar in das Blut mancher Kinder gelangt.

Und warum das alles? Weil die Chefs mit Schutzkleidung geizten, die Arbeiter ausgelaufenes PCB mit einfachen Lappen wegwischen ließen, weil Absauganlagen nicht funktionierten und alte gefährliche Anlagen benutzt wurden anstatt modernere und sicherere… die sogar vorhanden waren.

Schon seit mindestens 2008 wussten die Behörden von den Zuständen bei Envio. Doch sie sahen keinen „akuten Handlungsbedarf" – und machten immer nur die vorher brav angekündigten Kontrollen. 2 Jahre konnte Envio die Arbeiter weiter vergiften, bis der Skandal aufflog... und der Betrieb in Dortmund endlich geschlossen wurde.

Um die Arbeiter aber sorgt sich auch weiter niemand. Sie wurden einfach entlassen, und eine andere Arbeit finden sie nur schwer: Kaum ein Unternehmer will einen „Envio"-Arbeiter, der vielleicht krank wird. Envio selber aber kann währenddessen gesund und fröhlich an anderen Standorten weiterproduzieren.
Solche Krebserreger wie die Besitzer von Envio können sich auch nur in einer Wirtschaft verbreiten, in der die Arbeiter nichts zu sagen haben…

„Rücken krumm, Taschen leer - Arbeitgeber danke sehr"

16.000 Menschen demonstrierten am 30. September in Hamburg gegen die massiven Sparpläne der Stadt Hamburg und der Bundesregierung und dafür, sich endlich an diejenigen zu wenden, die diese ganze Krise samt Schulden verursacht haben, die großen Aktionäre, diese Millionäre und Milliardäre... die teilweise nur wenige Meter entfernt an der Alster wohnen. Wenige Tage später gingen erneut 3000 Hamburger Beamte gegen Arbeitsplatzabbau und Lohnkürzungen auf die Straße. Auch in Dresden demonstrierten 5000 Menschen.

Die Demonstrationen sind Teil der Aktionswochen, mit denen die Gewerkschaften symbolisch gegen die Sparpakete von Bund, Ländern und Kommunen, gegen die Gesundheitsreform



und die Rente ab 67 protestieren wollen. Aktionswochen, die am 13. November in größere Demonstrationen in Dortmund, Nürnberg und Stuttgart münden sollen. Damit die Protestaktionen wirklich wirksam werden, müssen die Herrschenden unsere Wut an möglichst vielen Orten, möglichst gleichzeitig, oft und konsequent zu spüren bekommen.

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH - Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de **Telefon:** 0157 – 76493485

Die Kohle ist da!

Für 20 Millionen Euro will die RAG Montan Immobilien ihren neuen Firmensitz bauen – ganz traditionsbewusst auf Zeche Zollverein.

Bei den jetzigen Bergleuten allerdings ist der Mutterkonzern RAG weniger traditionsbewusst und spendabel: Sie sollen entlassen werden... wenn nicht die öffentlichen Kassen der RAG bis 2018 weiter Subventionen schenken!

Eine Operation mit Zukunft

Bereits nach eintägigen Protesten der Ärzte darüber, dass sie in einzelnen Bundesländern weniger verdienen als in anderen, hat die Regierung eine Milliarde Euro gefunden, um die niedrigeren Honorare anzuheben.

Die Einkommen nach oben anzugleichen, statt nach unten: Das ist doch mal eine Idee mit Zukunft. Dafür braucht man kein Arzt zu sein.

Ihre Service-Nummer heißt Entlassung

58 der 86 Zentren für Vertrieb und Service will die Telekom schließen.
„Es gibt keine Entlassungen", sagt die Telekom. Die 3600 Beschäftigten, deren Zentren geschlossen werden, könnten sofort an einem anderen Standort anfangen, nur dass dieser… zum Teil 100 oder 200km entfernt ist! Sie „dürfen" von Dortmund oder Braunschweig nach Münster, von Ulm nach Darmstadt wechseln.

Viele können nicht einfach umziehen. Sie müssen entweder täglich unmenschliche und teure Arbeitswege von 300 km ertragen, die ihnen niemand bezahlt – oder sie kündigen… „ganz freiwillig" natürlich.

In Bremen, Oldenburg, Regensburg, Weiden oder München sind Beschäftigte der Telekom gegen die Entlassungen auf die Straße gegangen. Dass sie beim Vertrieb arbeiten, heißt nämlich nicht, dass sie sich so einfach vertreiben lassen…